

Auf den Barrikaden: Gesellschaftliche Widerstände gegen die Errichtung von Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Trassen (HGÜ)

Thorsten Winkelmann

Zusammenfassung

Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für das post-fossile Zeitalter gilt der Ausbau der Stromleitungen, der vor Ort auf massive Ablehnung stößt. Am Beispiel der HGÜ-Trasse *SüdLink* soll zunächst ergründet werden, wie sich die Widerstände organisieren und – durch Auswertung der Internet-Auftritte und Facebook-Profile – welche dominanten Narrative hier sichtbar werden. Darüber hinaus lassen die online geposteten Bilder ein Set an visuellen Mustern und Codes erkennen, denen eine zentrale Funktion in der Kommunikation und Identitätsbildung der Protestbewegung zukommt. In einem weiteren Schritt sollen die Aktions- und Reaktionsmuster etablierter politischer Akteure im föderalen Mehrebenensystem untersucht werden.

1. Der Stromtrassenausbau in Deutschland

Als eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Umsetzung der Energiewende gilt der Ausbau der Stromleitungen, der mehrere Anforderungen zu erfüllen hat: Einerseits muss der nunmehr regenerativ erzeugte Strom aus den Windparks im Norden und Osten in den Süden der Republik transportiert werden. Als Resultat dieser Verlagerung der Einspeisepunkte entsteht typischerweise eine größere Distanz zu den Lastenzentren; zumal die Anzahl an Photovoltaikanlagen im Süden zeitlich und wetterabhängig nicht ausreicht, um dort den gesamten Verbrauch zu bedienen. Zur Realisierung des europäischen Strombinnenmarktes müssen andererseits die Stromnetze in Deutschland, dem wichtigsten Stromtransitland der EU, erweitert werden. Hierfür sind vor allem grenzüberschreitende Kuppelstellen im Übertragungsnetz notwendig,



Thorsten Winkelmann

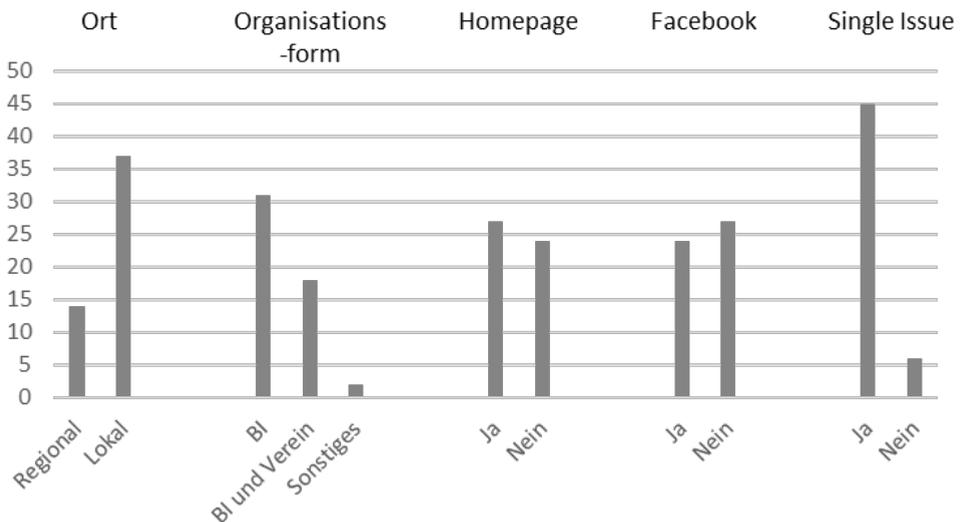
Akademischer Rat mit den Schwerpunkten Infrastruktur und Infrastrukturpolitik, Kommunalpolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Politische Wissenschaft

die die mit regenerativen Energien immer verbundenen Über- und Unterauslastungen kompensieren können. Damit schwankende Stromerzeugungen aus Wind- und Solar-energie nicht die Netzstabilität gefährden, müssen die Netze hierzulande außerdem leistungsfähiger und intelligenter werden, wofür weitergehende Investitionen in Erzeugungs- und Verbrauchsanlagen erforderlich sind. Die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen reichen von stationären Maßnahmen wie die Einrichtung von Umspannwerken oder Schaltanlagen, einer großen Anzahl an Blindleistungskompensationsanlagen sowie weiteren Steuerelementen, über den punktuellen Ausbau bestehender Netze bis hin zum Bau komplett neuer Hochspannungstrassen, deren Errichtung auf massiven Widerstand stößt. Am Beispiel von *SüdLink*, der HGÜ-Trasse von Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) nach Großgartach (Baden-Württemberg) soll zunächst gezeigt werden, wie sich die Proteste organisieren und welche dominanten Narrative hier sichtbar werden. In einem weiteren Schritten sind die Aktions- und Reaktionsmuster etablierter politischer Akteure herauszuarbeiten.

2. Widerstände gegen *SüdLink*

Um einen ersten Eindruck von den Protesten gegen *SüdLink* zu erhalten, wurden sämtliche Widerstandsformen erfasst, die der *Bundesverband gegen SüdLink* sowie seine regionalen Ableger listet. Nach Abzug von Mehrfachnennungen und einer überprüfenden Sekundärrecherche, die vor allem die lokale bzw. regionale Presse entlang der Trasse zum Gegenstand hatte, ließen sich 51 Formen von Widerständen bundesweit identifizieren, die entweder über eine Homepage oder ein Facebook-Profil verfügen. Eine Vollerhebung ist damit wahrscheinlich zwar nicht erreicht, gleichwohl dürfen die folgenden Ausführungen einen gewissen Repräsentationsanspruch erheben.

Abbildung 1: Widerstände gegen *SüdLink*



Bis auf zwei Ausnahmen, das „*Bürgerforum Grafschaft Hoya*“ und der „*Arbeitskreis umweltfreundliche Erdverkabelung im Hildesheimer Land*“, dominiert das Organisationsprinzip der Bürgerinitiative (BI). Von diesen haben 18 einen durch das Vereinsregister belegten Verein gegründet. Als Grund hierfür nennt etwa der „*Verein Werra-Meißner-gegen-SüdLink*“ die Notwendigkeit einer finanziell stabilen Basis für erfolgreiche Arbeit. Es gehe darum, „möglichst viele Spenden-Mittel zusammenzustellen, mit denen qualifizierte Gutachter und Anwälte zur Unterstützung des Widerstandes beauftragt werden können“ (Q 1).¹

Die Gründung von Vereinen kann – wie der Fall des bereits seit 1988 bestehenden „*Umweltschutzverein in Isernhagen und Umgebung e.V.*“ zeigt – dazu führen, dass nunmehr Rechtsbehelfe nach dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) eingelegt werden können. Hieraus eröffnen sich weitergehende Möglichkeiten, Planung und Zulassung von Vorhaben im Hinblick auf die Anforderungen des Umweltrechts zu hinterfragen.

Mit der Vereinsgründung werden nicht nur die Proteste auf eine organisatorisch und finanziell abgesicherte Basis gestellt, mitunter gehen hiermit im Einzelfall inhaltliche Ausdifferenzierungen einher, wie der Verein *Pro Region Aulatal e.V.* exemplarisch verdeutlicht. Dieser hat verschiedene Arbeitsgruppen für Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltung der Onlineinhalte, zur Aufarbeitung von Inhalten im Themengebiet sowie für Netzwerkpflge mit anderen BIs zum Thema SüdLink gegründet (Q 2). Trotz dieser organisatorischen Ausdifferenzierungen lassen sich die meisten Widerstandsformen als klassische Single-Issue-Bewegungen klassifizieren, die den Bedarf der Trasse infrage stellen und davon überzeugt sind, dass die Leitung für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nicht benötigt wird. Umgekehrt ist der „Aufstand der Basis“ ein zeitlich befristetes Phänomen, das nach erfolgreicher Aktion in der Regel keine weiteren Aktivitäten entfaltet. Die BI *Pro Region Karsbach e.V.* löste sich auf, nachdem „die Monsterturme verhindert und zumindest eine Erdverkabelung erreicht werden“ (*Hussong* 2019) konnte. Allerdings wird nicht von allen Bürgerinitiativen die Erdverkabelung begrüßt, während das allgemeine Interesse gegenüber dieser Form des Stromtransports spürbar abnimmt (*Krack et al.* 2017: 108). Nur in Ausnahmen zeichnet sich nachweislich das Engagement durch eine gewisse Dauerhaftigkeit – also unabhängig vom eigentlichen Protestmotiv – aus. Aus der „*BI Sinngrund – Allianz, Burgsinn*“ formierte sich eine Wählergemeinschaft zu den Kommunalwahlen 2014, die seit ihrer Gründung im Jahre 2013 nach eigenen Angaben ihre Mitgliederzahl vervierfacht hat (Q 3). Der bereits zitierte *Umweltschutzverein in Isernhagen und Umgebung e.V.* setzt sich seit 1988 für die Belange der örtlichen Bevölkerung immer dann ein, wenn ökonomische Interessen die lokale Lebensqualität bedrohen.

3. Protestmotive, Kernnarrative und dominante Frames

Alle untersuchten Widerstandsformen befürworten in ihren Online-Formaten (Homepage, Facebook) die Energiewende und sprechen sich für dezentrale Lösungen etwa in Gestalt von Onshore-Windparks aus, die ebenfalls Anlass für Proteste sind. Dezentralität der Erzeugung und des Transports von Energie bringt neben der verstärkten Sicht-

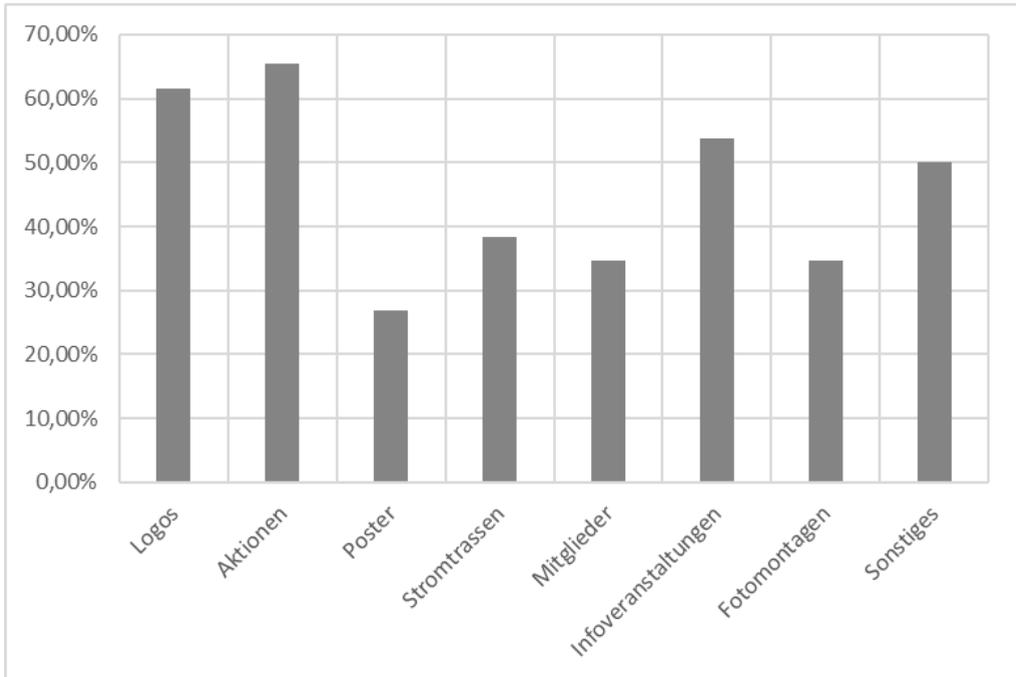
barkeit eine Reihe von weitergehenden Veränderungen des Landschaftsbildes oder auch negative Anlageneigenschaften (Lärm, Geruch, usw.) mit sich. Im Unterschied zur Kernenergie entfaltet die Energiewende eine große Flächenwirksamkeit insbesondere in ländlichen Regionen. Daher sind die Anliegen der protestierenden Bürger eng verzahnt mit Argumenten des Natur- und Artenschutzes. Da jedoch bei vielen Akteuren eine breite Befürwortung des Ausbaus erneuerbarer Energien vorherrscht, verlagern sich die Konflikte weg von politisch formulierten Strategien hin in Richtung planungsrechtlicher Genehmigungsverfahren. Regelungen des speziellen Artenschutzes listen eine ganze Bandbreite schützenswerter Tiere auf und verlangen umfassende Voruntersuchungen der bauausführenden Stellen über lokale, regionale und populationspezifische Brut- und Wanderungszeiträume, Paarungs- und Jagdverhalten, Populationsdichte, Habitatsanalysen, Vegetationsentwicklung, usw., die ein hohes Risiko des planrechtlichen Scheiterns aufweisen. Mit anderen Worten: Die Energiewende mag zwar eine Reihe von Vorteilen aufweisen, vor Ort überwiegen jedoch die wahrgenommenen Nachteile.

Folgerichtig führt eine hohe Beliebtheit der Energiewende nicht automatisch zur Akzeptanz einzelner Projekte und Technologiepfade, vielmehr sind ihre konkrete Lokalisierung und daraus folgende Implikationen umkämpft. Solche Inkonsistenzen werden durch ein gezieltes Framing überbrückt. So suchen die Postings auf Facebook sowie die inhaltlichen Aussagen auf den Webseiten einen Zusammenhang zwischen Netzbetreibern, Bundesnetzagentur und der Politik in einer systemischen Lesart herzustellen (*Winkelmann 2019: 67ff.*). Demnach entspreche der Leitungsausbau dem Willen der großen Energiekonzerne, deren Absicht weder die Versorgungssicherheit noch der Transport regenerativ gewonnener Energien sei. Hinzu gesellt sich ein tiefes Misstrauen gegenüber den Netzbetreibern und den zuständigen Behörden sowie eine generelle Unzufriedenheit mit dem Genehmigungsverfahren und der mangelnden Einbindung der betroffenen Menschen. Unterstützt werden die eigenen Argumente mit Verweis auf unterschiedliche Experten und wissenschaftlich verfasste Studien wie die von *Lorenz Jarass (2013)* oder *Christian von Hirschhausen (2013)*. Mit diesen (Gegen-)Experten gehen nennenswerte Schließungstendenzen einher, die oftmals eine ausgeprägte kollektive Identität zwischen den Protestakteuren begünstigen.

Tendenziell will man entweder durchgängig Erdkabel oder die Errichtung von *SüdLink* komplett verhindern, wobei Anliegen wie der Gesundheit- und Landschaftsschutz die Hauptforderungen legitimieren sollen. Interessanterweise thematisieren alle Proteste die mit dem Bau verbundenen physisch-materiellen Änderungen der Kulturlandschaft. Die Webseiten heben dabei wertgeschätzte Landschaftsbilder wie Wälder oder Dorfansichten hervor, die – durch graphische Aufmachung geplanter „Monstertrassen“ – ein verändertes Raumbild porträtieren. Diese symbolische Inwertsetzung setze historisch gewachsene Räume fast schon im wörtlichen Sinne „unter Strom.“ Hier kommen ästhetisch-lebensweltliche Erfahrungen zum Vorschein, die neben funktionalen auch weitere Bedeutungszuschreibungen enthalten wie touristische Wertschöpfungsprozesse oder symbolische Gemeinschaftsproduktionen. Sie verdichten sich zu lokalen, mitunter regionalen Erzählungen zur Heimat und zum Zuhause. „Landschaft“ wird zur emotionalen Referenz, wobei Veränderungen als Bedrohung der unmittelbaren Nahumwelt wahrgenommen werden. Hieraus erklärt sich mitunter

die Emotionalisierung und Visualisierung des Protestes. Die auf den Websites zur Verfügung gestellten Bilder lassen dabei ein Set an visuellen Mustern und Codes erkennen, denen durchaus eine wichtige Funktion in der Kommunikation wie der Identitätsbildung der Protestbewegung zukommt.

Abbildung 2: Quantitative Auswertung der Bilddatensätze auf den Startseiten bzw. Facebook-Profilen²



In einer ersten quantitativen Klassifizierung nehmen ‚Logos‘ eine prominente Stellung bei der visuellen Kommunikation der unterschiedlichen Widerstandsformen ein. Dies dokumentiert Bestrebungen, optische Elemente zu generieren, die nach außen Sichtbarkeit herstellen sollen und nach innen der Erzeugung einer kollektiven Identität sowie der Einordnung des Anliegens dienen. Die Logos zielen auf einen hohen Wiedererkennungswert im öffentlichen Raum ab. Eine solche „Protestmarke“ soll durch ihren wiederkehrenden Gebrauch interessierte wie zu interessierende Dritte etwa in Gestalt der Standortbevölkerung oder der politischen Entscheidungsträger für die eigenen Anliegen überzeugen. Zwei Darstellungsmodi lassen sich dabei unterscheiden (siehe Abbildungen 3 und 4): das Logo der *BI Sinngrund* steht stellvertretend für die mit HGÜ-Leitungen vermeintlich einhergehenden gesundheitlichen Gefährdungen. Das Logo der *BI Pro Region Aulatal e.V.* integriert physische Objekte („Monstertrassen“) in eine als „schön“ rezipierte Landschaft, welche durch Stromtrassen unwiederbringlich zerstört werden würde.

In der Kategorie ‚Sonstiges‘ dominieren sowohl kartographische Darstellungen zum geplanten Verlauf der Trasse als auch solche von „natürlichen“ aber bedrohten

Landschaften in Gestalt von Wiesen, Wäldern, Bächen und dörflichen Siedlungselementen. Fotomontagen visualisieren diesen zerstörerischen Albtraum. Entsprechende Szenerien sind häufig in düstere Farbtöne und Stimmungen getaucht. In derartigen Collagen werden Stromleitungsanlagen überdimensioniert und disproportional in bestehende räumliche Zusammenhänge hineinmontiert, häufig verknüpft mit stark negativ besetzten Symboliken wie Totenköpfen oder sich zu Klauen verformenden Stromtrassen. Die den Abbildungen unterliegenden Codes grenzen hierbei die landschaftsbezogene Strukturierung des „Schönen“ vom „Hässlichen“ ab. Zugleich wird ein landschaftlich erhaltenswertes „Ideal“ konstruiert, während die Leitungen dämonisiert werden.

„Aktionen“ etwa in Gestalt von Mahnwachen, Trassenläufen oder Aktionstagen werden auf den Webseiten häufig in Form von Bildergalerien mit dem Ziel vorgestellt, die lokale Standortbevölkerung zu mobilisieren. Sie signalisieren Energie, Dynamik und Tatkraft. Dies geschieht auf zweierlei Art und Weise: auf der sachlichen Ebene werden „Informationsveranstaltungen“ dokumentiert, bei denen neben Mitgliedern auch externe Fachleute vortragen, deren Thesen und Argumentationen die eigenen Positionen stützen. Auf der emotionalen Ebene stehen Akte zur Herstellung demonstrativer Öffentlichkeit im Vordergrund. Regelmäßig werden Demonstrationen, dabei vielfach verbunden mit Menschenketten, organisiert, um symbolisch aufgeladene Aufmerksamkeit zu generieren. Derartige Inszenierungen erfolgen an lokal exponierten Wegmarken. Mahnwachen und Lichteraktionen verleihen dem Widerstand sichtbare Präsenz, deren regelmäßige Wiederholung auf bestehende „Ungerechtigkeiten“ hinweisen sollen. Eine vielfach angewendete Praktik im Rahmen von Aktionstagen sind mit Helium gefüllte Ballons, die die Höhe geplanter Trassen symbolisieren sollen. Deutlich soll hier auch die numerische Größe des Widerstandes werden. Zu etwa gleichen Teilen werden „Stromtrassen“ und „Mitglieder“ visualisiert, während „Poster“, die die transportierten Botschaften jenseits des Logos vermitteln sollen, vergleichsweise selten vorkommen.

Abbildung 3: Logo der BI Sinngrund (Q 4)



Abbildung 4: Logo der BI Pro Region Aulatal e.V. (Q 5)



In einer Gesamtschau zielen die verwendeten Codes darauf ab, ikonologisch die Proteste gegen *SüdLink* als ein gesamtgesellschaftliches Interesse darzustellen und die BIs bzw. Vereine als dessen Vertreter bzw. Verteidiger des Gemeinwohls zu klassifizieren. Zum Schutz häufig als „höhere“ Güter apostrophierter Aspekte wie Landschaft, Heimat, Natur und Gesundheit engagieren sie sich und wehren sich gegen die Verantwortlichen des Staates, der Energieanbieter und Netzbetreiber. Als zentrale Herausforderung aus Sicht des Widerstandes gestaltet sich die Verankerung des Themas im breiten Bewusstsein der nicht unmittelbar von der Trasse tangierten Bevölkerung. Durch die Sammlung von Informationen sollen zunächst die Bürger aufgeklärt werden. Die sichtbaren Manifestationen des Widerstands im öffentlichen Raum durch Banner, Plakate und weitere demonstrative Protestformen dienen ebenfalls dem Agenda Setting. Neben dieser Präsenz im öffentlichen Raum haben sich eigene Medien wie Flyer, Webseiten und Symbole mit hohen Wiedererkennungswerten entwickelt. Zur Bewusstseinsbildung zählt ferner eigene Veranstaltungsöffentlichkeiten im Rahmen von Konferenzen und Tagungen. Auf den Webseiten finden sich in der Regel umfangreiche Sammlungen von Artikeln und/oder Beiträgen vorrangig der regionalen Presse. Aus dieser „reflexiven“ Mediennutzung entsteht eine eigene Öffentlichkeitsarbeit, die bis zum Versenden von Pressemitteilungen oder der Bereitstellung von Bildmaterial reicht. Neben diesen „alternativen“ Öffentlichkeiten beteiligt man sich umfassend an formalisierten Verfahren wie dem Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sowie an den fakultativen Konsultationen der Netzentwicklungspläne. Hier besteht die Möglichkeit mit den Problemrahmungen und Lösungsvorschlägen einen direkten Einfluss auf die Entscheidungsfindung auszuüben.

4. Politische Entscheidungsträger

Vielfach wird der Politik und der Verwaltung unterstellt, den Forderungen von Protesten, wenn überhaupt, nur widerwillig Folge zu leisten. Der fehlende Wille wird u.a.

darauf zurückgeführt, dass Außenstehende – und so gesehen demokratisch nicht legitimierte Akteure – den eigenen Macht- und Kompetenzbereich beschneiden würden. Mitunter geht die wissenschaftliche Literatur von einem gegensätzlichen, in Teilen konfliktiven Verhältnis von „unkonventionellen“ Formen der Partizipation und der etablierten Politik aus. Wie das Beispiel *SüdlInk* indes zeigt, bedürfen diese Annahmen einer grundlegenden Revision. So werden einzelne Honoratioren offen gelobt, wie die „Bürgerinitiative – Werra-Meissner-gegen-Suedlink“ illustriert: „besonderer Dank gilt Landrat Stefan Reuß, der im Schulterschluss mit seinem Eisenacher Amtskollegen Reinhard Krebs ein mahndes Schreiben an die Wirtschaftsministerien von Hessen und Thüringen sowie an den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, geschickt hat.“ (Q 1). Nach Korrektur der Trassenpläne dankt die BI „Habichtswald gegen SuedLink“ „allen Mitgliedern der Bürgerinitiative sowie der Gemeinde Habichtswald und Bürgermeister Thomas Raue für die konsequente Unterstützung gegen die Monsterstromleitung“ (Q 6). Im Vorfeld hatte „die Gemeinde kein Verständnis für das Vorgehen von Netzbetreiber TenneT zur geplanten Nord-Süd-Stromautobahn Suedlink“ geäußert.

Überdies werden die Widerstände auf offizielle Seiten verlinkt, die zwar nach eigenen Aussagen objektiv und neutral vermitteln und Informationen bereitstellen sollen, gleichwohl deutliche Präferenzen erkennen lassen. Auf der städtischen Sonderseite *SüdlInk in Altenstadt* heißt es etwa, dass „man die Proteste und das Engagement der Bürgerinitiativen als absoluten Erfolg bezeichnen [kann]: Politiker wurden wachgerüttelt, zumindest eine Verschiebung und primär Erdverkabelung sind erreicht. Die gesamte Trasse muss unter diesen Vorzeichen neu geplant werden – spannend, was dabei herauskommt oder ob *SüdlInk* sogar komplett stirbt“ (Q 7). Noch deutlicher wirbt die Gemeinde Markt-Schondra für die ortsansässige Bürgerinitiative, wo ein direkter Link für die Mitgliedschaft existiert und zur Jahreshauptversammlung eingeladen wird (Q 8).

Wie *Krack et al.* (2017: 104) in ihrer Fallanalyse zur Akzeptanz des Netzausbaus ebenfalls festgestellt haben, ist die Unterstützung der Proteste durch lokale und regionale Politikakteure signifikant größer als durch die überregionale Politik. Dieser Beistand für die jeweiligen Anliegen ist dabei nicht an einer bestimmten Partei festzumachen. Zurückzuführen sei die Zustimmung von der repräsentativ verfassten Lokal- bzw. Regionalpolitik stattdessen auf die weitreichende Vernetzung vieler Mitglieder. Neben der örtlichen Verankerung sind die Nachteile des Netzausbaus lokal erfahrbar, während sich die gesamtwirtschaftlichen Vorteile vor Ort kaum materialisieren. Das führt mitunter so weit, dass einzelne Gemeinden wissenschaftliche Gegengutachten (mit-)finanzieren, um damit die Einwendungen im Planfeststellungsverfahren zu fundieren. Weitergehende Erkenntnisse liefert *Bräuer* (2017: 257), wonach selbst die Gründung einzelner Bürgerinitiativen das Ergebnis kommunalpolitischen Agenda Settings sei, haben doch der Bürgermeister selbst und der Kommunalpolitik eng verbundene Personen entsprechende Protestinitiativen gegründet. Eine solche Form der „Arbeitsteilung“ gewährleistet einen kontinuierlichen Informationsfluss von der Verwaltung hin zum organisierten Widerstand, vergrößert zugleich deren Reichweite und Durchsetzungskraft.

In Anlehnung an *Neukirch* (2017: 9), der Gruppen beim Stromnetzausbau systematisiert (Tabelle 1), unterstützen kommunalpolitische Akteure mehrheitlich den Wider-

stand gegen *SüdLink*, während die Bundesregierung und unterschiedliche Verbände wie der „*Verband der Industriellen Energie- & Kraftwirtschaft*“ oder der „*Bundesverband der Energie- und Wassermwirtschaft*“ hingegen den Netzausbau befürworteten. Auf Ebene der Länder sorgt der Netzausbau vor allem bei den Grünen für ein komplexes Abwägungsproblem: für die Grünen-Fraktion im Bundestag „funktioniert die Energiewende nur mit passendem Netz“, weshalb „wir alle [...] bereit sein [müssen], für das in Berlin Beschlossene auch vor Ort einzutreten und zu werben“ (Q 9) Wegen dieser offiziellen Parteilinie hat der Kreisverband Bayreuth-Land seine Mitgliedschaft im bayerischen Landesverband ruhen lassen, denn aus Sicht der Thüringer Landtagsfraktion widerspricht die geplante Stromleitung *SüdLink* grünen Vorstellungen (Q 10). Vor Ort gehen insbesondere Partei- und Mandatsmitglieder der Grünen gegen die Stromtrassen auf die Barrikaden. Eine parteipolitische Sonderrolle nimmt beim Netzausbau die CSU ein: Im Vorfeld galt sie als dezidierte Befürworterin des Netzausbaus, jedoch überraschte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) vor den Kommunalwahlen 2014 den bayerischen Landtag mit der Forderung, die Pläne für den Netzausbau durch ein „Moratorium“ bis auf weiteres auf Eis zu legen. In der mehr als lebhaften Plenardebatte merkte Thorsten Glauber von den Freien Wählern an, dass die CSU im Bundestag und Bundesrat den Netzentwicklungsplänen zuerst zugestimmt habe und nun einen generellen Baustopp fordere (Bayerischer Landtag 2014: 16). Dieses Hin und Her von „König Horst“ mache „Bayern zu einer Bananenrepublik.“ In der gleichen Debatte stellte Markus Rinderspacher (SPD) die rhetorische Frage an die Staatsregierung: „Warum eigentlich Windräder, und wozu Stromleitungen, wenn der Strom doch aus der Steckdose kommt?“ Statt Freileitungen befürwortet die CSU nunmehr ausschließlich Erdkabel, was einen anderen Technologiepfad darstellt, vier- bis zehnmals so hohe Kosten und einen mehrjährigen Planungszusatzaufwand verursacht. Diese nicht nur für Bayern vorherrschende paradigmatische Wende ist auf die Widerstände gegen *SüdLink* zurückzuführen.

Tabelle 1: Akteurskonstellationen beim Netzausbau

Befürworter		Gegner
Energiekonzern Kraftwerksbetreiber		Bürgerinitiativen/Vereine
Regierungen • Bundesregierung	Regierungen • Landesregierung Thüringen	Regierungen • Landesregierung Bayern • Kommunalpolitik
Übertragungsnetzbetreiber Bundesnetzagentur Deutsche Energieagentur (dena)		
Parteien • SPD • CDU	Parteien • Die Linke	Parteien • CSU • Bündnis 90/Die Grünen
Verbände... • Verband der Industriellen Energie- & Kraftwirtschaft • Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft		Verbände • BUND für Umwelt und Naturschutz • Greenpeace • NABU

Wie lassen sich nun abschließend die Reaktionen der etablierten Politik einschätzen? Da bei den HGÜ-Trassen Betroffenheit und konkreter Nutzen in keinem ersichtlichen Zusammenhang stehen, macht vor allem die lokale Standortbevölkerung mobil und stützt sich dabei auf kommunale Entscheidungsträger. Sie kritisieren die energie-wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Leitung und fordern stattdessen eine dezentrale Energiewende, die ohne die Trassen auskommt. Sofern ein entsprechender Bedarf bestehen sollte, befürwortet man mehrheitlich den Bau von Erdkabeln, gegen die sich aber auch schon Proteste jetzt insbesondere von Seiten der Bauern und deren Interessenvertretungen regen. Übergeordnete Instanzen handeln einerseits aus opportunistischen Überlegungen heraus, wie das Beispiel der CSU in Bayern oder der Grünen in Thüringen eindrucksvoll belegen. Andererseits suchen sie ihre Entscheidungen durch – erstens – Expertentum abzusichern und den Bau von HGÜ-Trassen als Ergebnis fachlicher Expertise und eines so ermittelten Bedarfs darzustellen. Solche technokratischen Strategien begünstigen indes die Herausbildung von Gegenexperten, wofür die örtlich auftretenden Widerstände wirkungsvolle Allianzen mit Natur- und Umweltschutzverbänden eingehen. Studien und Gegenstudien stehen sich dabei immer häufiger gegenüber, weshalb die Verwissenschaftlichung der Konflikte die Debatte nicht verschlechtert.

Neben der Absicherung durch Experten, die zur Herausbildung von Gegenexperten führt, suchen politische Entscheidungsträger – zweitens – Zustimmung durch Verfahren zu erzeugen. Im Bereich der Infrastrukturplanung zählen *Alcántara et al.* (2016: 51) 39 unterschiedliche Beteiligungsverfahren auf. Innerhalb dieses Verfahrensdschungels richtet sich die Bedarfsplanung nach dem *Energiemwirtschaftsgesetz* (EnWG), die Umweltprüfung nach dem Gesetz über die *Umweltverträglichkeitsprüfung* (UVP), je nach Trassenart sind zudem die Bestimmungen nach dem *Raumordnungsgesetz* (ROG) und *Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz* (NABEG) zu berücksichtigen, während für die abschließende Planfeststellung überdies die Regelungen des *Verwaltungsverfahrensgesetzes* (VwVfG) gelten. Hinzu kommen noch weitere Angebote wie beispielsweise nach dem „*Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren*“ (PIVereinG), Antragskonferenzen, Stellungnahmen, (fakultative) Konsultationen bei der Erstellung des Szenariorahmens und des Netzentwicklungsplans, usw. Diese quantitative Ausweitung zielt auf die Befriedigung angenommener Partizipations- und Informationswünsche der Bevölkerung ab. In der Praxis dürften diese Angebote Erwartungen innerhalb der Bevölkerung in die Höhe schrauben, die sich anschließend nicht befriedigen lassen. im Umkehrschluss ließe sich hier sicherlich eine – empirisch jedoch kaum überprüfbare – Strategie politischer Entscheidungsträger vermuten, Berge von Papier zu produzieren, unter denen der Widerstand begraben werden soll. Durch diese institutionellen Rahmungen verlieren die Proteste einen Teil ihrer propagandistischen wie mobilisierenden Kraft, die Auseinandersetzungen werden zivilisiert; kurzum: der Weg von der Platzbesetzung zum Verhandlungstisch verkürzt sich.

Da die Verfahren indes keine nennenswerten Befriedigungswirkungen entfaltet haben, rücken – drittens – zunehmend Kompensationen in den Mittelpunkt, die einen Interessenausgleich in materieller Hinsicht anstreben. Obschon diese Strategie der

deutschen Verwaltungs- und Planungstradition widerspricht, sollen finanzielle Anreize pazifizierend wirken, weil so bislang nicht berücksichtigte Externalitäten beim Auf- und Ausbau von Infrastrukturen nunmehr internalisiert werden. Entschädigungen etwa im Rahmen einer *Bürgerdividende* können Konflikte verringern und Akzeptanz erreichen. Solche Zahlungen ermöglicht etwa die neu eingeführte Regelung in § 5 Abs. 4 *Stromnetzentgeltverordnung* (StromNEV), die von den Netzbetreibern an die Kommunen ausgeschüttet werden können. Obschon rechtlich umstritten, sollen diese Finanzstimuli einen Ausgleich schaffen, wiewohl diese bislang lediglich in zwei Fällen erfolgte.

5. Fazit

Die Widerstände gegen die Errichtung von *SüdLink* und anderen HGÜ-Trassen stehen stellvertretend für Proteste gegen den Auf- und Ausbau von (leitungsgebundenen) Infrastrukturen. Vor allem die auf lokaler Ebene sichtbar werdenden Eingriffe in bestehende räumliche Strukturen entfalten Mobilisierungskraft, ihre optischen Wirkungen werden von den Betroffenen als nicht zu rechtfertigender Eingriff in das unmittelbare Lebensumfeld empfunden. Diese auf der individuellen Ebene zu verortenden Perzeptionen führen sodann zu umfassenden Organisationsanstrengungen mit dem Ziel, Informationen zu sammeln, sich zu vernetzen, mithin ein gemeinsames Problembewusstsein zu schaffen. Derartige Bemühungen identifizieren technische Alternativen, um die Planungen der Trassen zu verhindern. Hierfür verschaffen sich die Bürgerinitiativen und Vereine gegen die Stromleitungen öffentlich-medial mit Nachdruck Gehör, bringen projektindividuelle wie grundlegende Kritik vor – nicht ohne Erfolg.

Gerade diese Leitungsvorhaben bringen keine unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteile mit sich, sondern werden ausschließlich als Beeinträchtigung empfunden. Zudem treffen die baulichen Maßnahmen aufgrund der Trassenlänge stets ganze Landstriche, womit eine „räumliche“ und damit mobilisierungsfähige Betroffenheit einhergeht. Einen erhöhten Begründungsaufwand lösen diese Vorhaben also insbesondere deshalb aus, weil hier Betroffenheit und konkreter Nutzen in keinem (unmittelbar erfahrbaren) Zusammenhang stehen. Verallgemeinerungsfähig scheint darüber hinaus die Feststellung zu sein, dass Kompromisse nahezu ausgeschlossen sind, wenn sich die inhaltlichen Auseinandersetzungen um die Bedarfsfrage der jeweiligen Infrastruktur drehen. Im Umkehrschluss gilt: Wenn der Bedarf grundsätzlich anerkannt wird, dann bieten sich Möglichkeiten zur Verständigung. Wie die Untersuchungen zu *SüdLink* außerdem gezeigt haben, schwingen in den Konflikten neben technischen wie planerischen Fragen immer auch kognitive, ästhetische und emotionale Bewertungen auf Seiten der Widerstände mit. In kognitiver Hinsicht dominieren technisch-naturwissenschaftliche, betriebswirtschaftliche und planungsrechtliche Argumente, die u.a. den Technikpfad, Notwendigkeiten, konkrete Ausgestaltungen und die mit den Einrichtungen verbundenen Kosten thematisieren. Ästhetisch werden Veränderungen von Landschaften problematisiert, denn die Stromtrassen stören die heimatlichen Gefilde. Eng mit Landschaft verwoben sind Bezüge zu Heimat als emotional aufgeladenem

Konzept. Räumliche bzw. infrastrukturbedingte Eingriffe bedrohen die gewachsenen Bindungen in sozialer aber ebenfalls in umwelt- und naturschutzrelevanter Sicht. Hieraus erklärt sich, warum die Stimmung vor Ort durchaus „aufgeheizt“ sein kann. Gerade diese Zuspitzung dürfte eine wesentliche Mobilisierungsreserve darstellen, die nicht nur online über die Webseiten angezapft wird, sondern vielmehr von lokalen Beziehungsnetzwerken lebt.

In einer Gesamtschau lassen sich erste Anhaltspunkte dafür identifizieren, dass sich diese Auseinandersetzungen trotz aller individuellen Gründe und räumlich begrenzter Betroffenheit hin zu einer sozialen Bewegung entwickeln, die – eingebettet in die Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung – bestehende Zustände hinterfragt, Verantwortlichkeiten anmahnt, sich untereinander vernetzt, öffentlichkeitswirksame Aktionen mit dem Ziel durchführt, entsprechende Einrichtungen zu verhindern. Die Widerstände gegen einzelne HGÜ-Trassen lösen sich sodann aus der lokalen Verankerung und koalieren mit anderen Akteuren aus Politik und Gesellschaft. Sowohl Parteien wie die Freien Wähler oder die Grünen als auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie der *BUND* unterstützten die jeweiligen Forderungen und stellen Ressourcen bereit. Zu dieser Ressourcenausstattung gehören technische und juristische Expertise liefernde „kritische“ Wissenschaftler.

Dabei sehen sich die organisierten Widerstandsformen nicht als reine Verhinderungsagenturen, vielmehr unterbreiten sie alternative Vorschläge wie Erdkabel, eine dezentralere Energiewende, Steigerung der Energieeffizienz, usw. *Radtke et al.* (2019: 6ff.) erkennen an diesen Kontroversen einen Populismus im Kontext der Energiewende. Ihrer Meinung nach fügt sich dieser polarisierende Themenkomplex nahtlos ein in den bipolaren Diskurs „zwischen stärker konservativ-reaktionären Idealen auf der einen und liberal-ökologischen Vorstellungen auf der anderen Seite.“ Verkürzt ließe sich argumentieren; hinter den Protesten steht die Ablehnung einer angeblichen Bevormundung durch Funktionseleiten, deren Entscheidungen als sachlich fragwürdig und moralisch anmaßend diskreditiert werden. Indes zeigen die Widerstände auf der diskursiven Ebene, dass man weder die Energiewende als solche ablehnt noch den Klimawandel hinterfragt bzw. leugnet. Vielmehr nehmen die Widerstände für sich in Anspruch, die Werte der demokratischen Ordnung mit ihrem Engagement zu repräsentieren. In den Ursachenattributionen und den moralischen Bewertungen kommt eine Opposition gegenüber bestimmten Praktiken zum Ausdruck, die vereinzelt zwar mit gesellschaftskritischen Stellungen gewürzt ist und eine gewisse Distanz zum Wirtschaftssystem offenbart, in der Summe aber den Imperativen demokratischer Entscheidungen folgt. Folgerichtig stellen die Auseinandersetzungen um Stromtrassen in einer Gesamtschau einen Zentrums-Peripherie-Konflikt dar, wo das Umland „für den Lebensstil der Metropolen und die Bedürfnisse der Industrie ausgebeutet [wird]“ (*Hutter* 2020: 196f.).

Anmerkungen

- 1 Die Internetquellen werden im laufenden Text wegen ihrer Länge nur mit dem Buchstaben „Q“ angegeben. Am Textende sind sie vollständig (und aufrufbar) wiedergegeben.
- 2 Eigene Darstellung (n=26).

Literatur

- Alcántara, Sophia u.a.: *Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren*, Wiesbaden 2016.
- Bayerischer Landtag: *Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge*, 10. Plenum vom 5.2.2014.
- Bräuer, Marco: *Energiewende und Bürgerproteste: eine Untersuchung der Kommunikation von Bürgerinitiativen im Themenfeld Netzausbau*, Ilmenau 2017.
- Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen: *Leitungsvorhaben aus dem Energieleitungsausbaugesetz*, Berlin 2018.
- Hirschhausen, Christian von: *Keine Strom-Autobahnen für Kohlekraftwerke: Acht Fragen an Christian von Hirschhausen*, in: *DIW-Wochenbericht* 20-21/2013.
- Hussong, Helmut: *Bürgerinitiative gegen SuedLink hat sich aufgelöst*, in: *MainPost* vom 6.8.2019.
- Hutter, Ralf: *Meereswind oder regionale Sonne? Im Stromtrassenstreit zeigt sich ein Scheideweg der Energiewende-Bewegung*, in: *Forschungsjournal neue soziale Bewegung* 1/2020, S. 185-198.
- Jarass, Lorenz: *Reform des EEG: Verbrauchsvorrang für Erneuerbare Energien wieder einführen, Einspeisegarantie für Kohlestrom abschaffen*, in: *Zeitschrift für neues Energierecht* 6/2013, S. 572-580.
- Krack, Juri u.a.: *Die Akzeptanz des Netzausbaus in Deutschland*, in: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 1-2/2017, S. 101-107.
- Neukirch, Mario: *Die Dynamik des Konflikts um den Stromtrassenbau: Stabilität, Wandel oder Stagnation?*, in: *SOI Discussion Paper* 4/2017.
- Neukirch, Mario: *Protest against German electricity grid extension as a new social movement? A journey into the areas of conflict*, in: *Energy, Sustainability and Society* 1/2016.
- Radtke, Jörg; Canzler, Weert; Schreurs, Miranda A.; Wurster, Stefan (Hrsg.): *Energiewende in Zeiten des Populismus*, Wiesbaden 2019.
- Winkelmann, Thorsten: *Theoretische Zugänge zum bewegungsförmigen Protest gegen öffentliche Energieinfrastrukturprojekte*, in: Radtke, Jörg; Canzler, Weert (Hrsg.): *Energiewende in Zeiten populistischer Bewegungen*, Wiesbaden 2019, S. 67-100.

Q 1: <https://werra-meissner-gegen-suedlink.de/ueber-uns/>.

Q 2: <http://www.prall-dagegen.de/buergerinitiative/arbeitsgruppen/>.

Q 3: <https://www.initiative-burgsinn.de/index.php/wir-ueber-uns>.

Q 4: <https://www.facebook.com/bisinngrund/>.

Q 5: <https://mobile.twitter.com/PDagegen/photo>.

Q 6: <http://habichtswald.de/staticsite/staticsite.php?menuid=273&topmenu=2>.

Q 7: http://www.altenstaedt.de/html/sonderseite_suedlink.html.

Q 8: <https://www.markt-schondra.de/verzeichnis/visitenkarte.php?mandat=138154>.

Q 9: <https://www.ingrid-nestle.de/presse/unzertrennlich-energiewende-und-netzausbau/>.

Q 10: <https://robertokobelt.de/Archive/1015>.